

Kommentar Wirtschaftspolitik
2016/09 | 3. März 2016

Österreich: Unterdurchschnittliches Wachstum, überdurchschnittliche Inflation

Wie im vergangenen Jahr bleibt auch 2016 der niedrige Ölpreis der Hauptgrund für die schwache Inflationsentwicklung in der Eurozone. Österreich nimmt innerhalb der Währungsunion eine Sonderstellung ein: Einerseits steigen die Preise in Österreich seit 2011 deutlich schneller als in der Eurozone und es besteht keine unmittelbare Deflationsgefahr. Andererseits ist die Inflation in Österreich nicht durch ein stärkeres Wachstum getrieben, sondern in erster Linie durch eine Erhöhung der administrierten Preise sowie einen Anstieg der Arbeitskosten über der Produktivitätsentwicklung.

Niedrige Inflation in Europa hält an

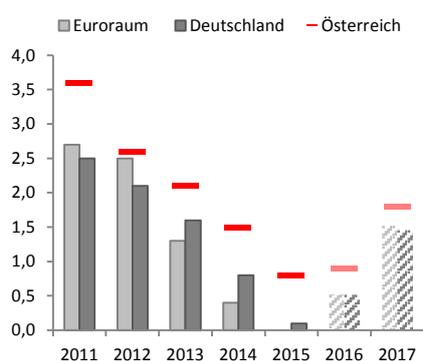
Nachdem die Preise im Jahresverlauf 2015 in der Eurozone nicht gestiegen sind, gab es im Jänner 2016 gegenüber dem Vorjahresmonat einen leichten Preisanstieg von 0,3 %. Der niedrige Ölpreis ist weiterhin der Hauptgrund für die niedrige Inflation, aber selbst die Kerninflation (Gesamtinflation ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) lag 2015 mit 0,8 % deutlich vom Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von knapp unter 2 % entfernt. Zuletzt äußerte sich die EZB besorgt, dass die Preisrückgänge bei Energie und Rohstoffen bald auch auf andere Güter übergreifen werden und dadurch die Deflationsgefahr in der Eurozone zunimmt.

Inflationsunterschiede innerhalb der Eurozone bleiben weiterhin bestehen. In 15 Eurozone-Ländern lag die Inflation 2015 unter 0,2 %, in 7 davon sind die Preise sogar gesunken. Malta und Portugal sowie Belgien und Österreich heben sich von dieser Entwicklung mit Teuerungsraten von über 0,5 % ab. Österreich hatte 2015 mit 0,8 % die zweithöchste Inflationsrate in der Eurozone.

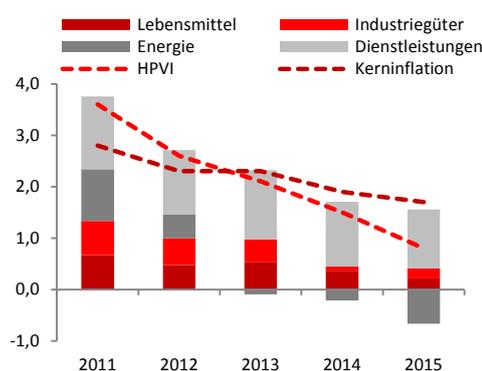
Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autor:
Mag. (FH) Katja Senger
+43 (0)5 90 900-4401
Katja.Senger@wko.at

Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HPVI)
Veränderung ggü. Vorjahr in %



Beiträge zur Inflationsrate in %-Punkten



Quelle: Eurostat

Überdurchschnittliche Inflation in Österreich

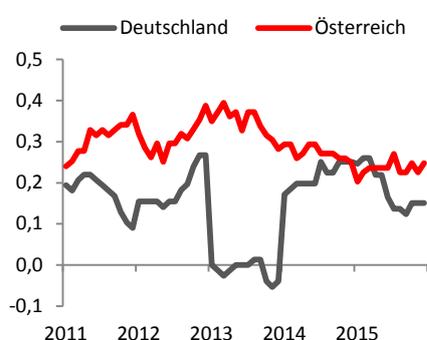
Bereits seit 2011 steigen die Preise in Österreich schneller als in Deutschland und in der Eurozone insgesamt. Über eine stärkere Nachfrage kam in Österreich in den letzten Jahren jedoch kein Inflationsdruck: Die österreichische Wirtschaft wuchs 2015 zum 4. Mal in Folge mit weniger als 1 % pro Jahr und hinkt seit 2014 dem europäischen Durchschnitt und auch Deutschland hinterher. Die Inlandsnachfrage entwickelt sich seit Jahren verhalten.

Energie und Rohstoffe sind in Österreich bereits seit 2013 keine Preistreiber und drückten 2015 die Preise stark nach unten. Durch die niedrigen Energie- und Rohstoffpreise steigen auch die Preise der Industriegüter kaum. Grund für die höhere Inflation in Österreich sind in erster Linie Preissteigerungen bei den Dienstleistungen, im privaten und insbesondere auch im öffentlichen Sektor.

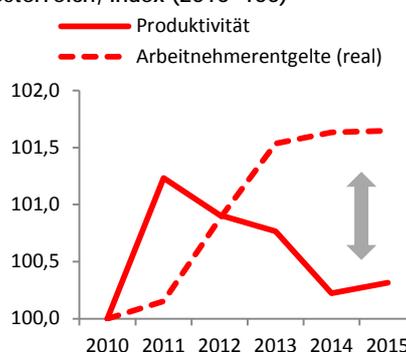
Gebühren und Arbeitskosten als Preistreiber

Bei jenen Preisen, die direkt oder indirekt vom Staat festgesetzt werden („administrierte Preise“), liegt die Inflationsrate seit 2012 über der Gesamtinflation, in Deutschland war das nur im Jahr 2014 der Fall. Gewichtet mit dem Anteil der administrierten Preise an der Gesamtinflation zeigt sich, dass Tarife und Gebühren in Österreich seit 2011 stärker zur Inflation beitragen als in Deutschland.

Inflationsbeitrag administrierter Preise in %-Punkten



Lohn- und Produktivitätsentwicklung in Österreich, Index (2010=100)



Quelle: OeNB, Eurostat, AMECO

Unterschiede in den Inflationsraten spiegeln auch Produktivitätsunterschiede wieder, da der größte Inflationsdruck in der Regel durch steigende Löhne ausgelöst wird und Löhne sich an der Produktivität orientieren sollten. In den letzten Jahren stiegen in Österreich die realen Arbeitnehmerentgelte allerdings schneller als die Produktivität, was einen Anstieg der Lohnstückkosten zur Folge hatte. Die Unternehmen konnten die höheren Löhne nicht durch entsprechende Produktivitätsgewinne kompensieren und mussten die steigenden Kosten teilweise über höhere Preise weitergeben. Gleichzeitig ist der Handlungsspielraum der Unternehmen für Preiserhöhungen aufgrund der schwachen Nachfrage und des hohen Konkurrenzdrucks eingeschränkt.

Auch der WKÖ Wirtschaftsbarometer zeigt, dass rund 85 % der Unternehmen steigende Kosten für Löhne und Gehälter als Hauptgrund für erwartete Preiserhöhungen angeben. Besonders betroffen sind davon die personalintensiven Branchen sowie Österreichs KMU im Allgemeinen, was auch die Preisanstiege im Dienstleistungssektor größtenteils erklärt.

Fazit

Deflation kann zu einer Abwärtsspirale aus sinkender Nachfrage, sinkenden Preisen und sinkenden Investitionen bei gleichzeitig steigenden Reallöhnen führen. Die höhere Inflation in Österreich scheint vor diesem Hintergrund zunächst positiv, es darf jedoch nicht ignoriert werden, dass die Preissteigerungen der letzten Jahre nicht durch Wirtschaftswachstum getrieben waren, sondern durch Tarife und Gebühren sowie die über die Produktivitätsentwicklung steigenden Löhne. Deshalb muss eine sich stärker an der Produktivität orientierte Lohnpolitik verfolgt und ein weiterer Anstieg der Gebühren vermieden werden. Investitionen zur Produktivitätssteigerung müssen sich durch Entlastung, Bürokratieabbau und gezielte Anreize für die Unternehmen wieder stärker lohnen, um den Produktivitätsrückstand der letzten Jahre wieder aufzuholen.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung